

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER KOMMUNALEN LANDESVERBÄNDE

E: 141M Sen

Schleswig-Holsteinischer
Landkreistag
(federführend 2005)

Städteverband
Schleswig-Holstein
Städtebund Städtetag
Schleswig-Holstein Schleswig-Holstein

Schleswig-Holsteinischer
Gemeindetag

Schleswig-Holsteinischer Landkreistag • Reventlouallee 6 • 24105 Kiel

24105 Kiel, 14.11.2005

An die
Vorsitzende des Bildungsausschusses
Frau Sylvia Eisenberg, MdL
Landeshaus

Sachbearbeiter/in: Rolf Martens
Durchwahl: 0431/570050-12
Unser Zeichen: 460.111 M
(bei Antwort bitte angeben)

24105 K i e l

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Umdruck 16 / 360

Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen

Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen
Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/336

zu Umdruck 16/344 (neu)

Sehr geehrte Frau Eisenberg, sehr geehrte Damen und Herren,

für die Gelegenheit, zum Gesetzentwurf Stellung zu nehmen, bedanken wir uns. Mit dieser Stellungnahme knüpfen wir voll inhaltlich an unsere gemeinsame Stellungnahme mit dem Landesjugendhilfeausschusses des Landes Schleswig-Holstein und der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände vom 14.9.2005 an, zumal sich durch die danach erfolgten Änderungen keine substantziellen Entlastungen ergeben haben.

Besonders befremdlich am vorliegenden Entwurf ist allerdings die unter Buchst. D der Begründung -Kosten und Verwaltungsaufwand- gemachte Aussage, dass nach Einschätzung der Landesregierung keine zwingenden zusätzlichen Kosten für die öffentlichen und freien Träger von Kindertageseinrichtungen entstehen. Diese Aussage ignoriert alle bekannten Ermittlungen des zusätzlichen Aufwandes und die Aussage des Landesrechnungshofes in seiner Stellungnahme vom 13.9.2005, wonach die zusätzlichen Aufgaben mit dem geltenden Personalschlüssel nicht zu leisten sind. Vor diesem Hintergrund ist es unverständlich, dass die Landesregierung nicht bereit ist, entgegen ihrer Zusage die laufenden Modellversuche zu evaluieren.

Seitens der Landesregierung ist auch nicht erläutert worden, warum dieser Gesetzentwurf unter Verkürzung der Anhörungsfristen für die Kommunalen Landesverbände schon zum 1.1.2006 in Kraft treten soll, obwohl die wesentlichen Teile ein späteres Inkrafttreten vorsehen und auch die Vorschriften über die Elternbeteiligung erst ab Herbst 2006 Wirkung entfalten. Es wäre durchaus noch die Zeit, die derzeit strittigen Fragen fundiert zu erörtern, um dann diesen unbestritten wichtigen Reformansatz im Konsens mit denjenigen, die diese Aufgabe erfüllen sollen, umzusetzen. Auf unser Schreiben vom 28.10.2005, in dem wir die entsprechenden Argumente vorgetragen haben, wird hingewiesen.

Landkreistag
Tel.: 0431/570050-10
Fax: 0431/570050-20
eMail: Info@sh-landkreistag.de
Internet: www.sh-landkreistag.de

Städteverband
Tel.: 0431/570050-30
Fax: 0431/570050-35
eMail: Info@staedteverband-sh.de
Internet: www.staedteverband-sh.de

Gemeindetag
Tel.: 0431/570050-50
Fax: 0431/570050-54
eMail: info@shgt.de
Internet: www.shgt.de

Abschließend verweisen wir noch auf den offensichtlichen Widerspruch in der Politik der Landesregierung, die einerseits mit großen Engagement alle Vorschriften daraufhin abklopft, ob durch Deregulierung und der damit einhergehenden Flexibilisierung Einsparungspotenzial zu erzielen sind, im gleichen Zuge aber in einem unnötigen Eilverfahren ohne die Ergebnisse der Initiative der Landesregierung aus dem letzten Jahr abzuwarten, wieder neue rechtliche Standards setzt.

In diesem Sinne erhoffen wir eine Berücksichtigung unserer umfangreich vorgetragenen Bedenken bzw. einen Verzicht auf einen Gesetzesbeschluss zum gegenwärtigen Zeitpunkt.

Mit freundlichem Gruß
In Vertretung:



(Rolf Martens)
Stv. Geschäftsführer